



### Europa-Newsletter – Nr. 3 (27. Oktober 2014)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wahl der neuen Europäischen Kommission am 23. Oktober in Straßburg war ein besonderer Moment. Sie ist der Schlusspunkt des Spitzenkandidatenprozesses und ein großer Schritt in Richtung mehr Transparenz und mehr Demokratie in Europa. Noch nie zuvor hatte mit Jean-Claude Juncker ein Kommissionspräsident so viel demokratische Legitimität und parlamentarische Unterstützung.

Das Europäische Parlament hat seine Arbeit seriös gemacht. Wir haben die Kandidaten für die Kommission gründlich geprüft. Die Hearings waren hart, aber fair. Sie zeigen, wie lebendige Demokratie funktioniert. In praktisch keinem EU-Mitgliedstaat werden Regierungsmitglieder einer so strikten und transparenten Auswahl unterzogen. Zeitliche Verzögerungen im Auswahlprozess waren Folge der Diskussionen im Rat, nicht im Parlament.

Jetzt müssen wir an die Arbeit! Die vor uns liegenden Herausforderungen sind enorm. Aus Sicht der EVP-Fraktion muss die Priorität der Kommission sein, konkrete Lösungen für die Probleme der Menschen zu finden. Wir brauchen Antworten auf die Frage nach der finanziellen Stabilität, für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze, auf Sicherheits- und Migrationsfragen sowie in der Außenpolitik. Es gilt, den Mehrwert eines vereinten Europas deutlich zu machen.

Jean-Claude Juncker und seine Mannschaft sind die richtigen Persönlichkeiten für diese Aufgaben. Ich bin jedenfalls froh, dass eine klare Mehrheit im Europäischen Parlament Junckers Team und sein ambitioniertes Programm unterstützt hat. Wir haben als EVP und CDU erfolgreich für ihn gekämpft.

#### 1. Die neue Kommission

Fünf Monate nach der Europawahl hat das Europäische Parlament die neue EU-Kommission mit großer Mehrheit bestätigt. 423 Parlamentarier stimmten am letzten Mittwoch in Straßburg für das Team von Jean-Claude Juncker, 209 dagegen, 67 enthielten sich der Stimme. Nun kann die neue Kommission wie geplant am 1. November ihre Arbeit aufnehmen. Das Mandat gilt für fünf Jahre.

Jean-Claude Juncker, den das Parlament bereits im Juli bestätigte, sitzen 27 Kommissare in dem Kollegium, darunter neun Frauen. Die Kommission schlägt EU-Gesetze vor und überwacht deren Einhaltung.

In seiner Rede im Plenum kündigte Juncker an, noch vor Weihnachten sein 300 Milliarden Euro schweres Investitionspaket zur Konjunkturankurbelung vorzustellen. «Volkswirtschaften, in denen nicht investiert wird, können nicht wachsen. Volkswirtschaften, die nicht wachsen, können keine Beschäftigung sicherstellen», sagte der Luxemburger. Er werde sich auch von Kritikern nicht von seinen Plänen abbringen lassen.

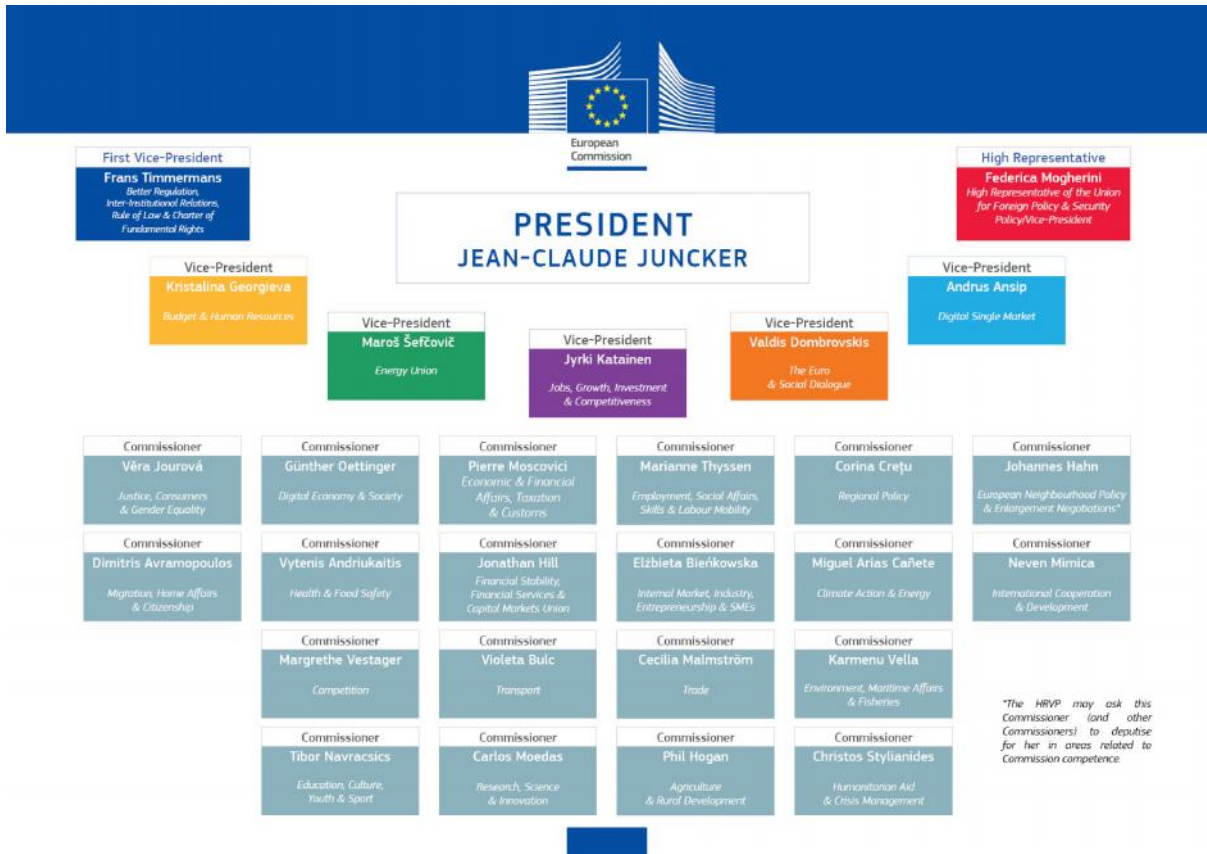
Gleichzeitig betonte Juncker, keine «Konjunkturprogramme wie in den 70er Jahren» zu wollen. «Konjunkturprogramme sind Strohfeuerprogramme», sagte er. «Dieses Investitionsprogramm kann nicht durch weitere Schuldenaufnahmen finanziert werden.»

Ohne Details zu nennen, machte er deutlich, dass er von der Wirtschaft Engagement verlangen wird. Sie trage wie der Staat Verantwortung für Arbeitsplätze. «Wir müssen Sorge dafür tragen, dass durch

intelligentes Einbringen öffentlicher Geldmittel die Privatinitiative angekurbelt wird», erklärte Juncker. Die Debatte um den europäischen Stabilitätspakt bezeichnete er als überflüssig. «Die Regeln werden nicht geändert.» Die Spielräume für Flexibilität müssten allerdings genutzt werden. «Haushaltsdisziplin muss sein, Flexibilität muss sein, Strukturreformen müssen kommen», sagte er in Anspielung auf hoch verschuldete Staaten wie Frankreich. Ohne Strukturreformen könne es keine Flexibilität geben.



Jean - Claude Juncker im Plenum nach der Wahl.



Übersicht der neuen Europäischen Kommission von Jean Claude Juncker, wie am 22.Oktober vom Europäischen Parlament angenommen.



European  
Commission



**JEAN-CLAUDE  
JUNCKER**  
PRESIDENT-ELECT



**FRANS  
TIMMERMANS**  
FIRST VICE-PRESIDENT



**FEDERICA  
MOGHERINI**  
HIGH REPRESENTATIVE



**KRISTALINA  
GEORGIEVA**  
VICE-PRESIDENT



**ANDRUS  
ANSIP**  
VICE-PRESIDENT



**MAROŠ  
ŠEFCOVIC**  
VICE-PRESIDENT



**VALDIS  
DOMBROVSKIS**  
VICE-PRESIDENT



**JYRKI  
KATAINEN**  
VICE-PRESIDENT



**GÜNTHER  
OETTINGER**



**JOHANNES  
HAHN**



**CECILIA  
MALMSTRÖM**



**NEVEN  
MIMICA**



**MIGUEL  
ARIAS CAÑETE**



**KARMENU  
VELLA**



**VYTENIS  
ANDRIUKAITIS**



**DIMITRIS  
AVRAMOPOULOS**



**MARIANNE  
THYSSEN**



**PIERRE  
MOSCOVICI**



**CHRISTOS  
STYLIANIDES**



**PHIL  
HOGAN**



**JONATHAN  
HILL**



**VIOLETA  
BULC**



**ELŻBIETA  
BIENKOWSKA**



**VĚRA  
JOUROVÁ**



**TIBOR  
NAVRACSICS**



**CORINA  
CREȚU**



**MARGRETHE  
VESTAGER**



**CARLOS  
MOEDAS**

**#teamJunckerEU**



## **2. 4,8 Milliarden Euro für Deutschland**

Eine weitere Hürde für die Bewilligung von Milliarden aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für Projekte in Deutschland ist genommen. Die EU-Kommission hat am letzten Dienstag das „Operationelle Programm“ des Bundes für den Einsatz des ESF bis 2020 gebilligt. Darin ist beschrieben wofür die verfügbaren Gelder von 4,8 Milliarden Euro (davon 2,6 Milliarden Euro aus dem ESF) vorrangig ausgegeben werden sollen. Deutschland hat darin besonderes Augenmerk auf die Erleichterung des Übergangs benachteiligter junger Menschen von der Schule zur Arbeit, die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bei der Wiederaufnahme einer Arbeit und die Förderung der sozialen Integration gelegt. Das operationelle Bundesprogramm für den ESF wird durch 16 Regionalprogramme ergänzt, in denen die speziellen Bedürfnisse der Bundesländer berücksichtigt sind. Der ESF ist das wichtigste Instrument der EU, um die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen, Programme für Bildung und sozialer Integration zu fördern. Im Mai hatte die Kommission bereits eine Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland über den Einsatz der Milliarden aus allen EU-Struktur- und Investitionsfonds von 2014 bis 2020 abgeschlossen. In diesem Finanzierungszeitraum werden auf EU-Ebene rund 23 Prozent der Mittel für die Kohäsionspolitik für den ESF reserviert.

## **3. Wahl zum Vorsitzenden der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten**

Am 16. Oktober wurde ich zum Vorsitzenden der USA-Delegation gewählt. Die Delegationen des Europäischen Parlaments nehmen internationale Kontakte wahr und bauen diese kontinuierlich aus. Die Tätigkeiten der Delegationen sind auf der einen Seite darauf ausgerichtet, Kontakte zu den Parlamenten von Staaten zu unterhalten und zu fördern, die traditionell Partner der Europäischen Union sind. Auf der anderen Seite sollen sie dazu beitragen, die Werte, auf denen die Europäische Union beruht – also die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit – in Drittländern zu fördern.

Meine Schwerpunkte als Vorsitzender dieser Delegation werden sein: TTIP, Datenschutz und NSA, die Beziehung der USA und der EU zur Nato und außenpolitische Angelegenheiten. Mein besonderes Ziel ist es, den Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber (TLD) neu zu beleben.

## **4. Ständiger Berichterstatter für die EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien**

Am 24. September wurde ich vom Auswärtigen Ausschuss zum ständigen Berichterstatter für die für die EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien ernannt. Die Position des ständigen Berichterstatters ist eine Besonderheit des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET). Ich werde mit der Aufgabe betraut sein, die Entwicklung der Beziehungen der EU zu Serbien zu verfolgen und alle mit Serbien verbundenen Berichte und Stellungnahmen zu verfassen. Die ständigen Berichterstatter sind entscheidend für die Gestaltung des Dialogs mit den einschlägigen Behörden in den Erweiterungsländern und um ein tiefergehendes Verständnis für die grundlegenden Eigenheiten dieser Länder zu fördern.

## **5. Die CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament hat jetzt ein Positionspapier für mehr Wachstum und Arbeitsplätze beschlossen.**

Es lautet: "Stabile öffentliche Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Voraussetzung für Wachstum ist ebenso ein positives Investitionsklima mit weniger Auflagen, eine neue Kultur für Unternehmergeist. Die besten Konjunkturspritzen sind private Investitionen - nur wenn diese sich lohnen, wird investiert. Das kann durch die richtigen Reformen erreicht werden!

Europa braucht einen Bürokratie- und Subsidiaritäts-TÜV, der bestehende und geplante Gesetze kritisch prüft. Die neue Kommission muss zügig handeln.

Vorhandenes Geld sollte richtig genutzt werden. Europa handelt zu oft nach dem Motto "erst das Geld, dann das Projekt". Am Anfang müssen die Idee und das Projekt stehen, dann die Entscheidung woher das Geld kommt. Nicht fehlende Mittel sind das Problem, sondern die richtige Nutzung.

Die Wirtschaft braucht eine moderne Infrastruktur. Die Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze müssen grenzüberschreitend ausgebaut werden. Dazu sind europäische Programme (Strukturfonds, Connecting Europe Facility) und privates Kapital zu ergänzen und neue Finanzierungsinstrumente zu entwickeln.

Qualifikationen sind besser zu entwickeln. Ausbildung und Studium müssen die Erfordernisse der heutigen Arbeitswelt abbilden und das notwendige Wissen vermitteln.

Mehr Investitionen in Forschung und Innovationen sind der beste Zukunftsmotor. Ausgerechnet da haben die Mitgliedstaaten im EU-Haushalt 2015 Kürzungen beschlossen. Das ist falsch und sollte zurückgenommen werden!

Neue Technologien muss man auch sinnvoll nutzen. Eine Verbotskultur zementiert den Status Quo! Wer neue Technologien von vornherein ausschließt, handelt unverantwortlich.

Märkte sind weiter zu öffnen und Handelshemmnisse abzubauen. So bietet das Freihandelsabkommen mit den USA mehr Chancen als jedes staatliche Konjunkturprogramm!

Der Energiebinnenmarkt stärkt die Versorgungssicherheit und sorgt für bezahlbare Energie. Statt einem Fördersystemwildwuchs der Erneuerbaren Energien brauchen wir einen europäischen Förderrahmen für Erneuerbare Energien.

Ohne produzierende Industrie gibt es keinen Wohlstand. Um den Industrieanteil an Europas Wirtschaft wieder auf 20% zu erhöhen, brauchen wir ein 2-jähriges Moratorium für neue Gesetzgebung, die die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie negativ beeinträchtigen könnte!

Ich bin für eine Klimapolitik mit Augenmaß. Die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie darf nicht beeinträchtigt werden. Bei der Reform des Emissionshandels muss es ausreichende Ausgleichsmechanismen für die Industrie geben.

Die europäische Exportindustrie lebt von eingetragenen Patenten und geistigen Eigentumsrechten. Damit Innovationen und Ideen auch zukünftig zum Wirtschaftswachstum in der EU beitragen, müssen innovative Unternehmen gefördert und geistiges Eigentum effektiv geschützt werden. Neue Patentierungen müssen vorangetrieben werden. Das Urheberrecht muss der digitalisierten Welt angepasst werden.

Die Digitalisierung ist als Chance für Wachstum zu begreifen! Veränderungen muss man annehmen und fördern. Die Datenschutzerfordernisse brauchen eine gesunde Balance. Einerseits technologische Innovationen für europäische Unternehmen stärken bei gleichzeitigem Schutz der Daten europäischer Bürger und der Stärkung der Datensicherheit von Unternehmen!

Es gilt in Europa den globalen Wettbewerb anzunehmen. Abschottung ist gefährlich. Wenn Europa die richtigen Schritte geht, brauchen wir keine Angst vor den aufstrebenden Wirtschaftsmächten zu haben. Ihre Märkte sind unsere Chance!"

## **6. Landesdelegiertentag der Europa-Union in Osterholz**

Am 11. Oktober war ich Gastredner beim Landesdelegiertentag der Europa-Union in Osterholz. Der Weser-Kurier hat darüber berichtet:

[http://www.weser-kurier.de/region/osterholz\\_artikel,-EU-muss-reformiert-werden-\\_arid,964796.html](http://www.weser-kurier.de/region/osterholz_artikel,-EU-muss-reformiert-werden-_arid,964796.html)

## **7. Meine nächsten Termine vor Ort**

31. Oktober, 10 Uhr Informationsbesuch bei Cuxport, Cuxhaven

31. Oktober, 13.15 Uhr Besuch des CFK-Valley in Stade

1. November vormittags, Aktionen zur Kommunalwahl mit der CDU Geestland in Langen und Bad Bederkesa

Bei Anregungen und Fragen bitte ich Sie, sich gerne an mein Büro in Bad Bederkesa, Alter Postweg 37, 27624 Bad Bederkesa, Telefon: 04745/931313, Fax: 04745/931314, E-mail: [david.mcallister@t-online.de](mailto:david.mcallister@t-online.de), zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen



David McAllister MdEP